



FÖDERATION DER ARBEITER AUS DER TÜRKEI IN DEUTSCHLAND ALMANYA TÜRKİYELİ İŞÇİLER FEDERASYONU

Der Virus heißt Kapitalismus!

18. März: „Deutschland hat ein exzellentes Gesundheitssystem, vielleicht eines der besten der Welt.“ (Angela Merkel) Es wäre nicht übertrieben zu sagen, dass dieser Satz aus der Ansprache der Bundeskanzlerin jedem, der nicht erst seit gestern in Deutschland wohnt, ins Auge springen sollte. Wie kann in einem Land, in dem seit Jahren Pflegenotstand(!) gerufen wird, gar von einem guten System gesprochen werden? In den letzten Tagen wird fleißig gedankt und geklatscht – Held*innen werden sie genannt - doch Kranken-/Altenpfleger wollen kein Lob, sie wollen Anerkennung, sie wollen gerechte Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Das allerdings nicht nur in Deutschland.

Weltweit geraten die Gesundheitssysteme der Länder an ihre Grenzen. Und das liegt nicht nur an der Pandemie. Die Privatisierung und die damit einhergegangenen Einsparungen, die letztlich zu Schließungen von Krankenhäusern geführt haben, zeigen heute ihre größte Wirksamkeit. Es ist unvorstellbar, wo wir heute ständen, wenn der Forderung der Bertelsmann-Stiftung im letzten Jahr, die Hälfte aller deutschen Krankenhäuser zu schließen, gefolgt werden würde. Heute wissen wir trotzdem: Nicht der Virus tötet, sondern der Kapitalismus.

Es ist indiskutabel, dass wir zurzeit alles tun müssen, um die exponentiell steigende Verbreitung des Covid-19-Virus sofort zu verlangsamen. Zu den bisher ergriffenen Maßnahmen haben wir jedoch ein paar Worte zu verlieren:

Der Kapitalismus ist ein System der Krisen. Ein System, das auf Ausbeutung und Profitmaximierung basiert, sprich die Wirtschaft vor den Menschen stellt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass heute Versammlungen und Veranstaltungen (angemessenerweise) untersagt werden, Arbeiter*innen allerdings tagtäglich mit hunderten Kolleg*innen auf engstem Raum arbeiten müssen. Es ist nicht verwunderlich, dass in einem System, das zum Scheitern verurteilt ist, haufenweise Kündigungen erfolgen, Menschen zu unbezahltem Urlaub gezwungen werden oder aus Not den Kurzarbeiterstatus akzeptieren. In Spanien nahmen 5000 Mercedes-Arbeiter*innen an einem Streik teil, um auf diese Missstände aufmerksam zu machen und zu zeigen, dass ihre Arbeit lediglich des Profit willens weitergeführt wird. Die Weltarbeitsorganisation ILO befürchtet, dass weltweit 25 Millionen Jobs verloren gehen könnten. Wir fordern eine sofortige Beurlaubung und Kündigungsschutz für alle Arbeiter*innen, die keiner lebensnotwendigen Arbeit nachgehen!

Der Hashtag **#stayathome**, der von vielen linksliberalen genutzt wird, ist schlichtweg zu kurz gedacht. Nicht jede*r hat die Chance, im Homeoffice zu arbeiten; nicht jede*r hat die Möglichkeit, die Kinderbetreuung zu sichern. Neben den Arbeiter*innen in der Produktion gibt es weiterhin unzählige Menschen, die auf ihre Nebenjobs angewiesen sind und arbeiten müssen. Wie sonst sollen Menschen, die von Hartz IV leben, denen monatlich 150€ für Nahrung und Getränke zustehen, ihre Ernährung sichern? Wie sollen Rentner*innen

ihrer Miete nachkommen? Wie sollen Freiberufliche und Künstler*innen ihre Existenz sichern? Wir fordern sofortige finanzielle Hilfen! Kein Mensch sollte Angst davor haben müssen, seine Wohnung zu verlassen.

Die durch die Maßnahmen gewonnene Zeit muss dafür genutzt werden, dass das Gesundheitssystem sofort ausgebaut wird und für alle – inklusive der mehr als 80.000 Menschen ohne Krankenversicherung in Deutschland – zugänglich gemacht werden. Es benötigt unbegrenzte staatliche finanzielle Mittel für den Ausbau vom Krankenhauspersonal!

Während für die Großkonzerne Milliarden fließen sollen, trifft auch diese Krise die Bedürftigsten. Obdachlose dürfen in keine gemeinsamen Unterkünfte, sie haben keinen Zugang zu Hygiene und Essen - die Tafeln finden keine Nahrungsmittel. Und für Geflüchtete scheinen weltweit andere Regeln zu bestehen. Dutzende Menschen bleiben weiterhin im engsten Raum zusammen, ohne die Möglichkeiten zu haben, irgendwelche hygienische Maßnahmen wahrnehmen zu können. An der türkisch-griechischen Grenze leben derzeit 25.000 Menschen im Camp Moria in menschenverachtenden Bedingungen mit dem Virus, ohne ausreichende medizinische Versorgung zu erhalten. Grenzen töten genauso wie Viren. Wir fordern die sofortige Aufnahme der Geflüchteten!

Die Umwelt hingegen kann sich zurzeit erstmals von der Ausbeutungskultur des Kapitalismus erholen. Die CO2-Werte sinken, die Flüsse werden reiner. Doch ist doch gerade diese Kultur mit verantwortlich dafür, dass Krankheiten wie diese gefördert werden. Die kapitalistische Massentierhaltung, die Landwirtschaft und die Abholzung großer Waldflächen bieten den Boden, der Viren wie diese nährt. Tiere in den unhygienischsten Bedingungen kombiniert mit der Schutzlosigkeit der gerodeten Wälder schaffen die besten Be-

dingungen zur Verbreitung von Krankheiten.

Diese Krise hat uns abermals gezeigt, dass Frauen die Gesellschaft am Laufen halten. So werden all die Berufe, denen jetzt gedankt werden - Arbeiter*innen im Lebensmittel-Einzelhandel, bei den Sozialversicherungen und in den Krankenhäusern – zu 70% von Frauen ausgeübt. Frauen beweisen derzeit trotz jahrelanger Ablehnung ihrer Berufe einen riesigen Einsatz und große Mut!

Wir müssen nun alle bedacht vorgehen, dürfen uns aber keinesfalls den Maßnahmen unterwerfen. Eine Ausgangssperre hat keine Relevanz, wenn Menschen weiterhin der Profitmaximierung wegen arbeiten müssen. All die Maßnahmen sind mit Vorsicht zu genießen. Durch den Katastrophenfall, der in Bayern für 14 Tage ausgerufen wurde, werden Grundrechte massiv eingeschränkt. So werden Polizei, Bundespolizei und Bundeswehr als auch die Feuerwehr unter ein einheitliches Kommando gestellt. Diese Maßnahmen können bis zur Zwangsarbeit führen, wenn beispielsweise Arbeiter*innen in Wasserwerken im Betrieb unter Quarantäne gestellt werden dürfen, um von dort aus weiterzuarbeiten.

Auf den Kosten der Corona-Krise werden wir Arbeiter*innen sitzen bleiben. Wir wissen, dass sich der Steuererlass für Unternehmen in unseren steigenden Steuern finden wird. Unsere Löhne werden gedrückt, unsere Arbeitsplätze werden gekündigt. Die Inflation, die uns erwartet, wird mit drastischen Preissteigerungen auf uns zukommen. Daher dürfen wir nicht schweigend zusehen; wir müssen uns weiterhin auf allen möglichen Wegen organisieren!

Gleichzeitig ist es unsere Aufgabe, die nachbarschaftliche Solidarität zu stärken und nun in Zeiten der Isolierung füreinander – insbesondere für die Risikogruppen - da zu sein.